

Europa nimmt krebserzeugende Arbeitsstoffe ins Visier

Internationale Konferenz „Preventing work-related cancer“

Eberhard Nies

Die Europäische Kommission geht davon aus, dass in den 28 EU-Mitgliedstaaten über die Hälfte aller arbeitsbedingten Todesfälle auf Krebs zurückzuführen ist und jährlich mehr als 100 000 Beschäftigte davon betroffen sind. Die Verminderung der Exposition gegen krebserzeugende Stoffe am Arbeitsplatz ist deshalb vordringlich, wobei sich gesetzliche Regelungen in Form von Luftgrenzwerten als probates Mittel erwiesen haben. Bei diesem Artikel handelt es sich um eine gekürzte Fassung eines Beitrags aus der Zeitschrift *Gefahrstoffe - Reinhaltung der Luft* 2016; 76: 265-266.

Konferenz „Preventing Work-related Cancer“

Die niederländische EU-Ratspräsidentschaft hat im ersten Halbjahr 2016 den Kampf gegen Berufskrebserkrankungen ganz oben auf ihrer Agenda platziert. Als äußeres Zeichen richtete das Haager Arbeitsministerium eine internationale Konferenz unter dem Motto „Preventing work-related cancer“ aus, die vom 23. bis 25. Mai in Amsterdam stattfand. Mehr als 200 Fachleute, überwiegend aus der Europäischen Union, waren eingeladen worden. Der thematische Bogen spannte sich von toxikologischen Grundlagen der Krebsentstehung bis zu Einsichten aus der Psychologie, die für eine wirkungsvolle Risikokommunikation genutzt werden können.

Prominenteste Rednerin war Marianne Thyssen, die amtierende EU-Kommissarin für Beschäftigung und Soziales. Sie propagierte die Schaffung einer Union, deren Sozialpolitik ein AAA-Rating verdiene. Frau Thyssen verlieh ihrer Hoffnung auf baldige Verabschiedung einer 13 Einträge umfassenden Vorschlagsliste mit bindenden Luftgrenzwerten für krebserzeugende Stoffe Ausdruck und stellte die Herausgabe einer Folgeliste in ähnlichem Umfang bis Ende des Jahres 2016 in Aussicht. Danach werde umgehend eine dritte Serie der Binding Occupational Exposure Limit Values (BOELV) in Angriff genommen. Der Leiter der EU-Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, Michel Servoz, widmete sich den notwendigen Anstrengungen zur Einhaltung neuer Luftgrenzwerte am Arbeitsplatz, die gerade für kleinere Unternehmen eine effiziente Vermittlung praktischer Lösungsansätze zur Expositionsminimierung erfordere. Eine Schlüsselrolle komme dabei der Europäischen Arbeitsschutzagentur in Bilbao zu, deren Direktorin Christa Sedlatschek in Amsterdam ihr Arbeitsprogramm bis 2018/19 zur Eindämmung von Gesundheitsrisiken durch chemische Gefahren präsentierte. Der niederländische Arbeitsminister Lodewijk Asscher machte deutlich, dass alle Beschäftigten ein Recht auf Schutz vor arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren auf demselben hohen Niveau haben müssten. Einen Wettbewerb um möglichst niedrige Gesundheitskosten dürfe es nicht geben.

Große Bedeutung wurde sozialpartnerschaftlichen Kooperationen zur Verbesserung des Arbeitsschutzes zugemessen. Unter den während der Konferenz vorgestellten Beispielen war ein Projekt zur erfolgreichen Minderung der Dieselmotoremissionen auf dem Kopenhagener Flughafen, die Beförderung des Einsatzes von temperaturabgesenktem Asphalt durch den Gesprächskreis Bitumen in Deutschland und der Verzicht auf Sprühinsektizide bei der Bekämpfung eines Rüsselkäfers in schwedischen Kiefernwäldern.

Die Plenarvorträge wurden teilweise kontrovers diskutiert; einige der vorgestellten Krebsstatistiken und Kosten-Nutzen-Analysen wurden dabei in Frage gestellt. Besonders schmerzlich vermisste man brauchbare Expositionsdaten in ausreichender Menge, um zuverlässigere Schätzungen realisieren zu können.

Noch lebhafter ging es in den kleineren thematischen Diskussionsrunden zu. Herausgegriffen sei eine interaktive Sitzung mit der Überschrift „Was Sie schon immer über die Ableitung von EU-Grenzwerten für Kanzerogene wissen wollten, aber nie zu fragen wagten“. Hier wurde deutlich, dass es zwischen den toxikologisch-arbeitsmedizinisch begründeten Empfehlungen des Wissenschaftlichen Ausschusses für Grenzwerte berufsbedingter Exposition (SCOEL), dem auch Mitglieder der deutschen MAK-Kommission angehören, und der Annahme einer Vorschlagsliste durch die EU-Kommission eine lange Durststrecke liegt, in der die Sozialpartner unter Berücksichtigung technischer Machbarkeit und sozioökonomischer Faktoren nach oft zähen Verhandlungen einen Kompromiss erzielen müssen. Diese schwierigen Gespräche finden unter dem Dach des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (ACSH) statt, speziell in dessen „Working Party on Chemicals at the Workplace“ (WPC).

Roadmap Amsterdam-Vienna

Um die nötige Nachhaltigkeit zu gewährleisten, soll die europäische Kampagne gegen krebserzeugende Arbeitsstoffe zunächst bis zum Jahr 2019 fortgesetzt werden, in dem Österreich die Ratspräsidentschaft innehaben wird. Die Amsterdamer Konferenz endete daher mit der feierlichen Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Bewusstseins-schärfung hinsichtlich der Risiken durch Arbeitsplatzkanzerogene und dem Austausch guter praktischer Lösungen. Verbunden damit ist ein Aktionsplan, der den Namen „Roadmap Amsterdam-Vienna“ erhalten hat. Die Urkunde trägt die Unterschriften von Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission, des niederländischen und des österreichischen Arbeitsministeriums, der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie des Europäischen Gewerkschaftsbunds ETUC und des Arbeitgeberverbands Bussinesseurope.

Beitrag als PDF

Der Autor:
Dr. Eberhard Nies
Institut für Arbeitsschutz der DGUV (IFA)

